

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachmittags, 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und dem Ausgabebüro 2 Mk. im Monat, bei Bestellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. zuzüglich Abzug für Porto. Alle Postbestellungen sind zu versehen mit dem Namen des Bestellers und der Adresse. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Wagnispreis: Die 3-spaltige Hauptzeile 20 Goldpfennig, die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 1-spaltige Zeile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Wagnispreis: Die 3-spaltige Hauptzeile 20 Goldpfennig, die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 1-spaltige Zeile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig.

Nr. 157 — 83. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Dienstag den 8. Juli 1924

Die englisch-französischen Hakeleien

Man ist sich wieder einmal gar nicht einig zwischen England und Frankreich — trotz des „pact moral“, den man in Chequers abgeschlossen hat. Und wie üblich, Frankreich sperrt sich gegen jedes Nachgeben Deutschlands gegenüber.

Den Grund zu den gegenwärtigen Zwistigkeiten, die sich schon zu einer Protestnote Herriots an Macdonald ausgewachsen haben, bilden die „Anregungen“ die von England an die Einladungen zur Konferenz angehängt wurden und die den Vorschlag bestimmter Bindungen nicht bloß für Deutschland, sondern auch für die alliierten Mächte enthalten. Aber die Räumung des Ruhrgebietes nämlich. Aber das ist für Herriot — ohne hier auf seine innere Einstellung dazu eingehen zu wollen — der allergrößte Punkt, weil er sehr stark parlamentarische Rücksichten bei der Behandlung dieser Angelegenheit zu nehmen hat, Rücksichten nämlich auf die Mitte und die Rechte, die mit Argusaugen darüber wachen, daß nichts, aber auch gar nichts von den Errungenschaften der Rhein- und Ruhrbesetzung preisgegeben wird. Und daher ist fast zu verstehen, daß Herriot nun an Macdonald eine Note gerichtet hat, in der ausdrücklich gesagt wird, daß sich Frankreich durch keine „Anregungen“ keineswegs als gebunden betrachte; denn in Chequers sei keineswegs irgendeine Formel festgelegt worden. Noch interessanter ist, daß nun auch Herriot — auch ein alter Trick poincaristischer Politik, mit dem Herriots Vorgänger immer Erfolg hatte — einen Plan für die Herstellung der Garantien ausgearbeitet hat, die „durch die Durchführung des Sachverständigenratens erforderlich“ werden. Damit wird die politische Situation vollkommen klar: Macdonalds „Anregungen“ entsprechen dem Inhalt und dem Ziel des Sachverständigenratens und werden deshalb von Frankreich als unannehmbar bezeichnet, solange sie nicht „ergänzt“, lies unwirksam gemacht sind durch gewisse „Vorbehalte“, die Frankreich bei den gegenwärtigen oder späteren Auseinandersetzungen für „unumgänglich notwendig“ erklärt und die natürlich noch weit über das hinausgehen, was der Dawes-Plan an Sicherungen, Garantien vorsieht.

Und hierin liegt der zweite Punkt der englisch-französischen Differenzen: Frankreich will sich also in jeder Weise freie Hand in der wirtschaftlichen und politischen „Sicherungsfrage“ vorbehalten, will sogar nicht einmal auf sein „Recht“ verzichten, bei einer deutschen „Verletzung“ zu — drastischen Maßnahmen greifen zu dürfen, es will auch das Urteil über die Erfüllung bzw. Nichterfüllung des Sachverständigenplanes durch Deutschland der Reparationskommission überlassen wissen, obwohl englischerseits grundsätzlich zugestanden wird, daß die Bestimmungen dieses Planes weit über die der Versailler hinausgehen. Die Kapto ist aber nur für die Überwachung der Durchführung dieser letzteren Bestimmungen eingesetzt, darauf ist ihre Kompetenz beschränkt, und England weigert sich nun, in die von Frankreich gewünschte Erweiterung dieser Kompetenzen einzuwilligen. Verständlich ist's, daß Frankreich diesen Wunsch hegt; denn es herrscht ja in dieser Kommission praktisch unbeschränkt, weil ihm dort der Vorstoß zusteht und es vom belgischen Vertreter durch die und dann unterstützt wird, also ohne weiteres über drei (von sechs) Stimmen verfügt.

Auf der einen Seite hat der Kärm, der darob in Paris entstanden ist — auch die Frage der Räumung des linken Rheinufers beginnt ihre Schatten voranzuziehen —, was man auch fast erwarten konnte, in England einen großen Bewusstseinswandel in Gang gebracht. Alles, alles werde ja erst auf der Konferenz behandelt werden, es sei ja alles nicht so böse gemeint; natürlich sei in Chequers das alles nicht etwa in den Einzelheiten festgelegt worden — kurz, das alte Lied, das wir seit Jahren kennen.

Eine Entschärfung bedeutet das alles aber für uns insofern, als wir auf der Londoner Konferenz nicht einer fest geschlossenen Front gegenüberstehen, daß wir vor allem nicht genötigt sind, vor dieser Konferenz uns selbst jede Bewegungsfreiheit abzuschneiden durch legislative Festlegung auf die Durchführungsbestimmungen des Dawes-Planes. Denn wenn wir diese Bestimmungen annehmen müssen, so können wir das auch von der Gegenseite verlangen.

Es wird mitgeteilt, daß eine Untersuchung eröffnet werden soll, um festzustellen, wie es geschehen konnte, daß eine Inhaltsangabe des englischen Memorandums, welches gleichzeitig mit der Einladung der britischen Regierung in den alliierten Hauptstädten überreicht wurde, zu gleicher Zeit im „Echo de Paris“, im „Petit Journal“ und von einer offiziellen Agentur (Havas) veröffentlicht werden konnte.

Die KPD. protestiert.

Zu den Hausdurchsuchungen im Deutschen Reichstag und Preussischen Abgeordnetenhause wird uns von eingeweihter Seite gemeldet:

Es ist selbstverständlich, daß sich die Kommunisten des Reichstages ebenso wie die des Landtages in bestigsten Protesten gegen die Durchsuchung ihrer Fraktionsräume ergehen. Sie beantragen sofortige Einberufung des

Das französische Mindestprogramm.

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 7. Juni. Die französischen Noten, deren Abfassung gestern beschlossen wurde, dürfte das französische Mindestprogramm zur Londoner Konferenz enthalten. In seiner endgültigen Fassung wird das Schriftstück voraussichtlich schon morgen abend vorliegen und Dienstag mittag den französischen Vorschlägen zur Überlegung an die alliierten Mächte zugestellt werden. Die deutsche Regierung wird dem „Intransigent“ zufolge eine Abschrift des französischen Memorandums nicht erhalten. Die auf den 8. Juli festgesetzte Debatte im Senat, der man mit begrifflicher Spannung entgegensteht, wird in der Hauptsache dem neuen Mindestprogramm der französischen Regierung gelten. Mit der Behauptung, daß Herriot bereits dieser Tage im Senat unterliegen wird, eilen gewisse Blätter der Opposition den Tatsachen weit voraus. Es besteht Grund zu der Annahme, daß Herriot sich in dem neuen Programm nicht in Widerspruch mit seiner Regierungserklärung setzen wird, und aus diesem Grunde dürfte die Debatte kaum eine unerwartete Wendung nehmen. Alles hängt schließlich davon ab, wie Herriot das Programm auf der Londoner Konferenz am 16. Juli vertreten wird. Dem Brüsseler Vertreter des „Temps“ zufolge würde eine Kompromißformel, auf die man sich einigen würde, etwa folgende Fassung haben: Die Reparationskommission würde einen aus fünf Mitgliedern zusammengesetzten Sachverständigenausschuss mit der Feststellung der Verletzungen beauftragen. Diese fünf Mitglieder vertreten Frankreich, England, Italien, die Vereinigten Staaten und Belgien. Die Mitglieder würden ferner aus Persönlichkeiten gebildet, die in den beiden Sachverständigenausschüssen an der Abfassung des Dawes-Vertrages mitgewirkt haben. Interpretierungsschwierigkeiten, die sich ergeben, würden dem Haager Schiedsgerichtshof zur Entscheidung unterbreitet.

Der Ansturm der Opposition gegen Herriot.

Paris, 6. Juli. Die Oppositionspressen verdoppelt ihre Angriffe gegen die Regierung Herriot. Sie hofft allem Anschein nach, noch vor der Londoner Konferenz eine Regierungskrise herbeizuführen, und zwar anlässlich der außenpolitischen Debatte im Senat am 8. Juli. Die Londoner Konferenz soll dadurch um jeden Preis unmöglich gemacht werden. Im „Quotidien“ wird diese Sachlage mit folgenden Worten umschrieben: Die Opposition möchte Herriot noch vor der Londoner Konferenz stürzen, und zwar nicht deshalb, weil sie glaubt, seine Politik würde einen Schaden für Frankreich bedeuten, sondern weil sie nicht an den Frieden glaubt, weil sie den Frieden nicht wünscht und weil sie allen großen Ideen verschlossen ist, ganz besonders wohl aber auch deshalb, weil sie auf außenpolitischem Gebiete eine Revanche für ihre innere Niederlage suchen will.

Deutsche Forderungen.

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 7. Juni. Ueber einen Schritt Dr. Stresemanns will nach einer Mitteilung des „Berliner Volkanzeigers“ der „Daily Telegraph“ folgendes wissen: Dr. Stresemann habe in London wissen lassen, daß er den Bericht nicht durch den Reichs-

Altekrats und des Reichstags, Beschaffung eines Verzeichnisses der „entwendeten“ Schriftstücke und Ausständigung derselben an den Fraktionsvorsitzenden der kommunistischen Partei. Der Präsident soll die sofortige Rückgabe des Materials an die kommunistischen Abgeordneten veranlassen und der Geschäftsordnungs-Ausschuss soll das Material daraufhin prüfen, ob der Verdacht des Präsidenten, daß sich in den Räumen der kommunistischen Partei Material befände, durch dessen Beschlagnahme Verbrechen des Mordes verhütet werden können, begründet sei. Schließlich wird verlangt, daß der Präsident der kommunistischen Fraktion sofort öffentlich Genugtuung gebe.

Die letzte Forderung mietet, selbst wenn man der Entlastung der Kommunisten in weitgehendem Maße Rechnung trägt, doch recht merkwürdig an. Die Herrschaften könnten sich selbst sagen, daß von Genugtuung erst die Rede sein kann, wenn festgestellt ist, daß ihnen ein Unrecht angetan wurde. Man muß abwarten, ob diese Feststellung gelingt. Es darf nicht vergessen werden, daß gegen die Mitglieder der Zentrale der K. P. D. ein Hochverratsverfahren schwebt, über das im Reichstag bereits ein Bericht erstattet wurde. Die Anlage gegen sie gibt es in folgenden Punkten: 1. Bildung proletarischer Hundertschaften in allen Teilen des Reichs zur Durchführung des bewaffneten Umsturzes, 2. Sicherstellung von Waffen mit allen Mitteln, insbesondere auch durch Versteigerung von Soldaten und Polizeibeamten, durch Beschaffung von Sprengstoffen und durch fabrikmäßige Herstellung von Handgranaten, 3. Organisation eines umfassenden politischen und militärischen Nachrichtendienstes zur Vorbereitung des Umsturzes, 4. Vorbereitung von Sprengstoffattentaten auf die Reichsbahn und Einrichtung von Entlastungsaktionen.

tag bringen könne, wenn die Konferenz nicht die von den Sachverständigen aufgestellten Bedingungen als verbindend anerkenne, darunter auch die vollständige Räumung des Ruhrgebietes und die Verpflichtung Frankreichs, in Zukunft keine Einzelaktionen zu unternehmen, falls in Deutschland Verfehlungen eintreten.

Die englisch-französischen Differenzen.

Rom, 7. Juli. Die Differenzen zwischen dem Quai d'Orsay und dem Foreign Office über das englische Programm der Londoner Konferenz werden in der italienischen Presse als so tiefgehend geurteilt, da der Messagere, der in gewissen Beziehungen zur französischen Schwerindustrie steht, in seiner Sonntagsausgabe sogar mit der Möglichkeit eines Ausschusses der Konferenz rechnet, um zu versuchen, diese Gegensätze durch diplomatische Verhandlungen zu beheben.

Hendersons Vertrauen

London, 7. Juli. Hendersen erklärte in einer Rede, er vertraue darauf, daß die bevorstehende Londoner Konferenz in hohem Grade dazu beitragen werde, den Frieden, die Wohlfahrt und die Sicherheit in der Welt wiederherzustellen.

Herriot sprach.

„Der Steuermann inmitten der Klippen“.

(Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“.)

Paris, 6. Juli. Herriot hielt heute nachmittags in Tropes eine Rede, in der er unter anderem sagte: Wie man mir auch zur Vorsicht raten möge, ich lege Wert darauf, derselbe zu bleiben, der ich in der Opposition gewesen bin. Es ist keine leichte Aufgabe, sich so zu verhalten. Es ist fast ein gewagtes Unternehmen, ich werde trotzdem nicht nachgeben, denn ich bin überzeugt, daß ich, wenn ich meinem System treu bleibe, die Republik und Frankreich zugleich verteidige, die voneinander zu trennen über vier Jahre versucht worden ist. Ich werde nicht vergessen, daß die Republikaner es nicht nötig haben, sich von irgend jemand eine Lektion in Patriotismus erteilen zu lassen. Es ist meine Pflicht, an der Sicherung des Friedens zu arbeiten, den die Völker verlangen, und in keinem Augenblick die Rechte unseres Landes beeinträchtigen zu lassen. Wir müssen unser Ziel durch Schwierigkeiten und Zwischenfälle hindurch verfolgen, selbst wenn unsere Arbeit in gewissen Augenblicken ins Stocken geraten oder gefährdet werden sollte.

Wenn inmitten zahlreicher Klippen der Steuermann seine ganze Wachsamkeit braucht, wenn er insbesondere das Gefühl hat, daß er denjenigen, die sich seiner Hut anvertraut haben, seine ganze Kraft bis zum äußersten schuldig ist, so glaube ich, daß das Schiff in den Hafen gelangen wird. Das zu erreichen, werde ich mich bemühen, und wenn es mir, wie ich hoffe, gelingt, so werde ich keine andere Belohnung verlangen, als die, mich wieder zu meinen Freunden von gestern gesellen zu dürfen, die im übrigen auch meine Freunde von heute sind und meine Freunde von morgen sein werden, um mit ihnen gemeinsam jener Einheit in zwei Personen zu dienen, der ich alle Leidenschaft meines Lebens widmen werde: Frankreich und der Republik.

5. Zerlegung von Reichswehr und Polizei durch einen eigens dazu eingerichteten Zerlegungsdienst.
 6. Bildung von Terrorgruppen, um im geeigneten Augenblick durch Gewalttaten die Bevölkerung in Schrecken zu setzen und dadurch den Widerstand zu lähmen.
 7. Einrichtung einer — bereits in Tätigkeit getretenen — Mordorganisation (Echafa) zwecks Beseitigung von Parteiverrätern und prominenten Gegnern.
- Es kommt hinzu, daß gerade jetzt wieder ein Schreiben Trotskis an die Zentrale der K. P. D. unter den Kommunisten verbreitet wird, in dem der Kampf um die Macht gepredigt wird. Nicht mit geistigen Waffen! Die Massen sollen in den Kampf geführt werden.

Wirtschaftsabkommen mit Griechenland.

Meistbegünstigung für die wichtigsten Artikel. Der deutsche Geschäftsträger in Athen und der griechische Außenminister haben ein vorläufiges Wirtschaftsabkommen unterzeichnet. Das Abkommen sichert allen wichtigen deutschen Exportartikeln die griechische Meistbegünstigung und den deutschen Schiffen bei ihrem Verkehr in griechischen Häfen die Gleichstellung mit griechischen Schiffen, insbesondere auch bezüglich der zu entrichtenden Gebühren und Abgaben zu, wogegen deutscherseits der griechischen Regierung ein Kontingent für die Einfuhr griechischer Weine und die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Regimes für die Einfuhr griechischen Tabaks zugesichert worden ist. Das Abkommen, dessen Inkrafttreten noch besonders bekanntgegeben werden wird, ist für sechs Monate mit stillschweigender Verlängerung von drei zu drei Monaten geschlossen worden.